

Der sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 11/12

November/Dezember 1991

5 Schilling

„An vorderster Stelle gegen ewiggestrige Tendenzen“ SPÖ-Präsidentschaftskandidat Rudolf Streicher beim Bundesparteirat

Der Bundesparteirat der SPÖ nominierte am 22. November 1991 in der Wiener Hofburg einstimmig den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Dr. Rudolf Streicher, zum Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl am 26. April 1992. In seiner Rede vor dem Bundesparteirat, die wir im folgenden auszugsweise abdrucken, hat sich Rudolf Streicher auch sehr deutlich gegen rechtsextreme und demokratiefeindliche Tendenzen in unserer Gesellschaft ausgesprochen. Die Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind Rudolf Streicher für diese klaren Worte dankbar und treten dafür ein, daß dieser verlässliche Demokrat zum Bundespräsidenten gewählt wird.

Wir leben in Zeiten eines rasanten gesellschaftlichen Wandels, eines immer schnelleren Wechsels der politischen Tagesordnung. Umso wichtiger ist ein Element der Ordnung, der Bewertung und der Orientierung geworden. Es geht um die große Linie, die manchmal hinter den Einzelheiten nicht mehr erkennbar ist.

Es ist eine Gefahr unserer Zeit, auf jede Frage sofort eine vorlaute Antwort wissen zu wollen. Es ist eine Gefahr, die komplexen Probleme unseres Lebens auf kurze und damit zumeist falsche Schlagworte zu reduzieren. Wir dürfen uns nicht am Sekundenzeiger der Weltgeschichte orientieren. Wir müssen den gefährlichen Vereinfachern und ihren kurzlebigen Schlagworten mit Überzeugungskraft eine überlegte Perspektive entgegenzusetzen.

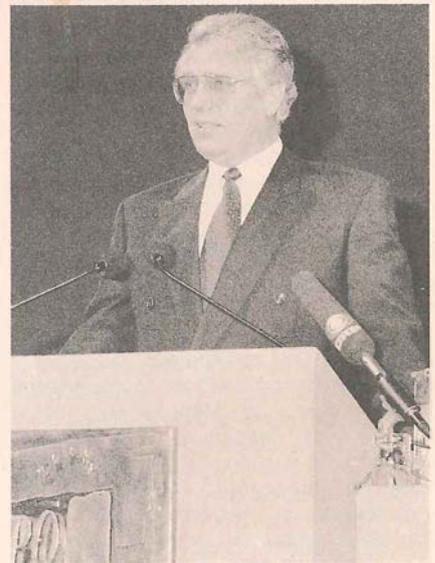
Hier sehe ich die eigentliche Aufgabe einer modernen und dynamischen Präsidentschaft, wenn sie so engagiert verstanden wird, wie ich sie sehen möchte. Es ist keine Frage, daß ich ein engagier-

ter Bundespräsident sein möchte – aber Engagement kann ja nicht eine rasche Abfolge von Auslandsreisen oder die Präsenz bei möglichst vielen „öffentlichen Anlässen“ sein. **Engagement heißt für mich: Etwas bewegen.**

Der Bundespräsident kann und soll sich selbstverständlich nicht ständig in tagespolitische Auseinandersetzungen einmischen. Aber er kann und soll sich zu Wort melden, wenn er gesellschaftliche Fehlentwicklungen erkennt. Er soll sein ganzes moralisches Gewicht in die Waagschale werfen, wenn unsere gemeinsame Zukunft auf dem Spiel steht. Und er muß aktiv werden, wenn wichtige Anliegen in der öffentlichen Diskussion zu kurz kommen.

Dies scheint mir der wahre Inhalt einer engagierten Präsidentschaft zu sein, und so würde ich im Falle meiner Wahl dieses Amt auch verstehen und ausüben.

Ich habe schon bei einigen Gelegenheiten in der Öffentlichkeit betont, daß ich diese Aufgabe vor allem dadurch er-



Dr. Rudolf Streicher bei seiner Ansprache vor dem Bundesparteirat.

(Foto: Haslinger)

füllen möchte, daß ich einen ständigen Gesprächskontakt mit der Regierung, mit den Interessenvertretungen und den Parteien, aber vor allem mit den Menschen in unserem Land suchen würde.

Dazu ein Zweites: Ich weiß, wieviel Kompetenz, Ideenreichtum, Kreativität und Kraft in diesem Land vorhanden ist. Ich gebe mich nicht dem Irrtum hin, auf alle grundlegenden Fragen selbst eine befriedigende Antwort zu wissen. Vielmehr möchte ich die in so reichem Maße vorhandene geistige Kapazität unseres Landes nutzen.

Ich habe die feste Absicht, im Falle meiner Wahl, die besten Köpfe unseres Landes einzuladen, um mit ihnen grundsätzliche Fragen der aktuellen oder künftigen gesellschaftlichen Entwicklungen zu diskutieren. Dabei sollen nicht in der einen oder anderen Sachfrage „Ratschläge“ für Regierung und Parlament erarbeitet werden.

Nein. Es könnten für die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft **gesamtstaatliche Orientierungshilfen** erar-

Fortsetzung auf Seite 2

Februarkundgebung

Am Mittwoch, 12. Februar 1992, um 18 Uhr

findet auf dem Platz des 12. Februar

vor dem Karl-Marx-Hof

eine Kundgebung zum Gedenken
an den 12. Februar 1934 statt.

Es spricht: Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky

Fortsetzung von Seite 1

beitet werden. Unter dem ganz einfachen Motto: Keine Idee darf verlorengehen.

Dazu gehört aber noch ein Drittes: Niemand wird leugnen können, daß es in unserem Lande Tendenzen der Verkrustung gibt, daß es Strukturen gibt, die sich gegen jeden Versuch der Veränderung zur Wehr setzen. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes spüren das sehr genau. Und deshalb stoßen diese überlebten Formen auf wachsenden Widerstand. Dieser Widerstand hat in den Diskussionen längst einen Namen: Politikverdrossenheit.

Sie abzubauen und eine Vermenschlichung der oft schon undurchdringbar gewordenen Bürokratie einzufordern, das sehe ich als eine der wesentlichsten Aufgaben des Bundespräsidenten. Dazu gehört auch und in erster Linie eine gerechte Vergabe von Funktionen im öffentlichen Dienst und in der öffentlichen Verwaltung.

Meine Lebens- und Berufserfahrung sagen mit, daß wichtige Entscheidungen stets vom einzelnen, ganz auf sich gestellt, getroffen werden müssen. Keine Partei, keine Gemeinschaft kann dem einzelnen diese Verantwortung abnehmen.

Dort, wo ich als Manager die Verantwortung für Unternehmen zu tragen hatte, und später dort, wo ich die politische Verantwortung als Minister trug, standen für mich Objektivität, Fairneß und Leistung als wichtige Entscheidungskriterien im Vordergrund. Ich bin stolz darauf, daß es in meinem Bereich keine Parteibuchwirtschaft mehr gibt.

Ich bin auch stolz darauf, daß in den mir anvertrauten Industriebereichen Dutzende bestqualifizierte Manager bestellt wurden, die – meines Wissens – kein Parteibuch besitzen. Ich betone: Meines Wissens, denn keiner von ihnen wurde danach gefragt. Leistung kann immer nur von Menschen erbracht werden. Ob sie sich dieser oder jener politischen Gemeinschaft zugehörig fühlen ist nicht ausschlaggebend.

Aber meine Erfahrung sagt mir gleichzeitig auch etwas anderes: Die Entscheidungen, die jemand zu treffen hat, werden ja nicht im luftleeren Raum getroffen, sondern auf der Basis von Überzeugungen und Werthaltungen, zu denen man sich bekennt. Meine Werthaltungen werden sich nicht ändern. **Werte wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz werden immer mein Handeln bestimmen.**

Österreich ist eine demokratische Republik. Das steht nicht nur in unserer Verfassung, das ist auch tief im Bewußtsein unseres Volkes verankert. Die Institutionen unserer Republik müssen sich daher immer wieder dem wachsenden demokratischen Anspruch der Menschen anpassen.

Zu diesem Bewußtsein gehört aber auch die Aufgabe, der Jugend unseres



SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Franz Vranitzky beim Parteirat: „Der eindringliche Appell des ‚Niemals wieder‘ muß gerade von einem österreichischen Bundespräsidenten glaubhaft vertreten werden. Die SPÖ nominiert mit Rudolf Streicher die beste Persönlichkeit.“
(Foto: Haslinger)

Landes die humane Überlegenheit der Demokratie einzuprägen **und an die Opfer zu erinnern, die erbracht werden mußten, um diese Demokratie zu erringen und zu sichern.**

Dabei hat Verdrängen und Vergessen keinen Platz!

Zu diesem Verständnis gehört aber auch die energische Abwehr aller demokratiefeindlichen Tendenzen, wo immer sie auch auftreten mögen.

Es waren die Menschen dieses Landes und im besonderen die österreichische Sozialdemokratie, die wesentlich dazu beigetragen haben, daß unserem Land in den vierziger und fünfziger Jahren der leidvolle Weg in die kommunistische Diktatur erspart geblieben ist.

Wiener wählen FP-Rechtsaußen

Eine Reihe von FPÖ-Funktionären, die in der österreichischen Rechtsextremistenszene schon längst keine Unbekannten mehr sind, wurde am 10. November bei den Wiener Gemeinderatswahlen in Bezirksvertretungen und sogar in den Gemeinderat gewählt. FPÖ-Gemeinderat Gerhard Zeihsel zum Beispiel war bis 1987 Gauobmann des Österreichischen Turnerbundes von Wien, 1990 wurde er zum stellvertretenden ÖTB-Gauobmann gewählt. Oder Elmar Dirnberger, FPÖ-Bezirksmandatar und Mitglied der FPÖ-Landesparteileitung: Er hat 1977 die Aktion Neue Rechte (ANR) bei den Wahlen zur österreichischen Hochschülerschaft unterstützt. Die FPÖ-Bezirksrätin und Gemeinderatskandidatin Barbara Schöfnagel wieder ist bekannt als Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Kulturverbandes. FPÖ-Bezirksrat Dietmar Sulzberger war 3. Landessprecher der NDP-Niederösterreich, Mitglied im Komitee zur Verbreitung der Gedichte von

Heute aber – am Ende dieses Jahrhunderts – treten immer deutlicher rechtsextreme und demokratiefeindliche Tendenzen in Erscheinung. Und nicht zum ersten Mal in der Geschichte wird verantwortungslos jene Unsicherheit und Angst ausgenützt, die viele Menschen haben, wenn sie mit Emigranten und Fremden konfrontiert sind.

Eine Demokratie kann sich um Antworten auf diese Ängste und Unsicherheiten nicht drücken.

Und gerade der Bundespräsident muß dabei an vorderster Stelle mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen etwaige ewiggestrige Tendenzen auftreten.

Gerd Honsik sowie Kassier der Österreichischen Gesellschaft der Völkerfreunde von Herbert Fritz, einem Mitglied der verbotenen „Kameradschaft Babenberg“, und der NDP, die 1980 behördlich verboten wurde. FPÖ-Bezirksrat Walter Sucher ist dadurch aufgefallen, daß er dem NDP-Vorsitzenden Norbert Burger zu dessen 50. Geburtstag gratuliert hat, und der FPÖ-Gemeinderatskandidat Helmut Kowarik ist Bundesjungwart des ÖTB, Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Kulturverbandes und Vorstandsmitglied der Österreichischen Landsmannschaft.

Die Sozialdemokraten in den Bezirksvertretungen und im Gemeinderat werden sich angesichts der gestärkten FPÖ mit ihren deutlichen rechtsextremen Aspekten auf entsprechende Auseinandersetzungen gefaßt machen müssen.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Mag. Brigitte Bailer-Galduda, Herbert Exenberger, Leo Lesjak, Hannes Proschko, Prof. Hugo Pepper, Hans Waschek.



„Sieg“-Herausgeber Ochensberger zu drei Jahren verurteilt

Der Herausgeber der neonazistischen Zeitschrift „Sieg“, Walter Ochensberger, wurde am 9. Dezember von einem Feldkircher Geschwornengericht wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu drei Jahren unbedingter Haft verurteilt. Dem Urteilsspruch, der uns kurz vor Redaktionsschluß, erreichte, gingen denkwürdige Vorfälle voraus. Belremden löste vor allem der Umstand aus, daß der Staatsanwalt den Anklagepunkt „Leugnung der Gaskammern“ fallengelassen hat. Auch die Argumentation des Verteidigers Ochensbergers, des Rechtsanwaltes Dr. Schaller, führte zu berechtigter Empörung.

Die Zurückziehung der auf die Leugnung der Gaskammern bezogenen Anklagepunkte im Prozeß gegen Walter Ochensberger nahm das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes zum Anlaß eines Schreibens an Justizminister Dr. Michalek. In diesem Schreiben heißt es: „Die auf die Leugnung des Holocaust bezogenen Anklagepunkte waren aus unserer Sicht die wichtigsten. Auch Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, ist gewiß bekannt, daß sich die Diskussion um die Schaffung neuer strafrechtlicher Bestimmungen gegen den Neonazismus gerade auf diesen Punkt, die Leugnung bzw. Verharmlosung der Massenmorde in nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern, konzentriert. Wenn diese neonazistische Propaganda nicht einmal im Falle ihres ärgsten Betreibers vor Gericht kommt, heißt das, daß die österreichische Justiz nicht imstande war oder in der Lage ist, mit dem Phänomen Neonazismus fertigzuwerden. Für alle Neonazi-Propagandisten stellt diese Vorgangsweise, um deren Überprüfung wir ersuchen, einen Freibrief dar. Für uns ergibt sich daraus die unabwiesbare Notwendigkeit, die Bemühungen um die Schaffung neuer strafrechtlicher Bestimmungen

zur Bekämpfung des Neonazismus zu intensivieren. Wir begrüßen sehr den vom Bundesministerium für Justiz ausgearbeiteten Vorschlag zur Reform bzw. Neueinführung eines Paragraphen 283a StGB. Wir hoffen, daß es möglich sein wird, die politischen Kräfte von der Notwendigkeit dieser Gesetzesreform zu überzeugen.“

Auch die „Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich“ appellierte an den Justizminister, für die Fortsetzung der Strafverfolgung von Leugnern des Holocaust zu sorgen. Der Feldkircher Prozeß gegen Walter Ochensberger mit dem Fallenlassen des Anklagepunkts „Leugnen der Gaskammern“ zeige aufs neue die „Ineffizienz des Verbotsgesetzes bei der Ahndung des Neonazismus und die Notwendigkeit der Schaffung spezieller Strafbestimmungen gegen die Auschwitz-Lüge“, betonte die Präsidentin der Aktion, Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl.

Nicht weniger empörend sei das Verhalten des Ochensberger-Verteidigers Herbert Schaller, sagte Weinzierl weiter. Schaller teile die Auffassungen seines Mandanten vollinhaltlich und leugne gleichfalls die Existenz von Gaskammern und die Ermordung von Juden mit-

tels Giftgas. Solche Äußerungen gingen weit über die einem Verteidiger zustehenden Rechte hinaus und bedürften einer Untersuchung. Der Präsident der Rechtsanwaltskammer, Dr. Walter Schuppich, hatte in diesem Zusammenhang erklärt, daß ihm wegen der Äußerungen Schallers „die Haare zu Berge“ stünden und dessen Verteidigungsstrategie standesrechtliche Konsequenzen haben könnte.

Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky unterstrich Anfang Dezember im Nationalrat die politische Notwendigkeit, die rechtliche Absicherung der Gesellschaft vor der Bedrohung durch nationalsozialistische Wiederbetätigung zu verstärken. SPÖ-Justizsprecherin Dr. Elisabeth Hlavac setzte sich für eine breite einvernehmliche Lösung der Frage der strafrechtlichen Bekämpfung von Wiederbetätigung und Neonazismus ein. Das Problem müßte angepackt und es dürften keine Schlupflöcher mehr offengelassen werden, betonte Dr. Hlavac.

Neonaziparolen und Fledermäuse

Seit nahezu drei Jahrzehnten werden von uns in Zusammenarbeit mit dem Naturhistorischen Museum in Wien (Säugetiersammlung), der Niederösterreichischen Landesregierung (Abt. Naturschutz) und dem Landesverein für Höhlenkunde in Wien und Niederösterreich in künstlichen und natürlichen Hohlräumen Fledermausbestandsaufnahmen durchgeführt.

In diesem Zusammenhang ist es uns aufgefallen, daß gewisse Gruppen diese Objekte als Treffpunkte wählen. Bei den Kontrollen wurden insbesondere im Loosdorfer Fabriksstollen bei Melk, im Badner Kurparkstollen und in der Bunkeranlage Enzesfeld Schießübungen (zahlreiche Patronenfunde) abgehalten und weiters Hunderte Quadratmeter Stollenwände mit neonazistischen Parolen bemalt. Die Badner Stadtverwaltung reagierte auf unsere Hinweise sofort und versperrte den Zugang der Stollenanlage mit einem fledermausfreundlichen Gitter.

Es wäre empfehlenswert, auch andere künstliche unterirdische Anlagen zu überwachen, um diesen Untrieben Einhalt zu gebieten.

Völlig falsch wäre es, diese Eingänge zuzuschütten bzw. zu sprengen, da diese Räume in der letzten Zeit ein Refugium für seltene und geschützte Tiere geworden sind (z. B. Fledermäuse, Amphibien, Insekten . . .). Diese kilometerlangen und gut erhaltenen Systeme könnten z. B. als Depots oder als Zivilschutzräume genutzt werden.

Anton Mayer, Wien 11
Wolfgang Moche, Wien 11

Gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Das EG-Gipfeltreffen im niederländischen Maastricht beschäftigte sich am 9. und 10. Dezember auch mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa. Dazu stellte der Europäische Rat mit Besorgnis fest, daß es in Europa mehr und mehr zu Ausbrüchen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kommt, und zwar sowohl in den zwölf Mitgliedstaaten der Gemeinschaft als auch andernorts. Der Rat erinnerte daran, daß die internationalen Verpflichtungen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus, die die Mitgliedstaaten im Rahmen der Vereinten Nationen, des Europarates und der KSZE eingegangen sind, unvermindert Gültigkeit besitzen.

Im Wiener Gemeinderat einigten sich SPÖ, ÖVP und Grüne am 12. Dezember auf eine gemeinsame Resolution, in der eine Verharmlosung des Nationalsozialismus und jeglicher anderer diktatorischer Systeme verurteilt wird. Mit der

FPÖ gab es in dieser Frage bezeichnenderweise keine Einigung. Die Resolution verurteilt die Verharmlosung jeglicher menschenverachtender Ideologien und diktatorischer Regime, „insbesondere faschistischer, nationalsozialistischer und kommunistischer Prägung“.

Intensive Aufklärung über die „Beschäftigungspolitik“ im 3. Reich sei unbedingt notwendig, erklärte SPÖ-Abg. Dr. Edgar Schranz am 5. Dezember in der Nationalratsdebatte und erinnerte an die tatsächliche NS-„Beschäftigungspolitik“, die massive Aufrüstung zum Ziel hatte, Terror gegen Andersdenkende und die Ausrottung ganzer Völker. „Wer das nicht klar erkennt, verniedlicht die Nazi-Verbrecher“, betonte Schranz. Der SPÖ-Abgeordnete verwies auch auf die Vorgänge bei der Liberalen Internationale. Entlarvend seien weiters Interviews Kärntner Spitzenpolitiker in rechtsextremen Publikationen.



Stalinistische Zensur der Zeitgeschichte

„Aber das größte Pech hat die Dame Buber damit, daß sie in ihrem Buch ... offen für die Clique um Tuchatschewski, Jakir usw. Stellung nimmt, die als Spione und Putschisten für die Hitler-Spionage vor Gericht gestellt, verurteilt und erschossen wurden. Frau Faust, die sich als „unschuldig Verfolgte“ hinstellen möchte, begibt sich selbst mit der Tuchatschewski-Clique auf dieselbe Plattform und verteidigt sie noch heute. Damit spricht sie das Urteil über sich selbst ... Die Sowjetregierung hat diese Bande und ihren gesamten Anhang unschädlich gemacht. Die Rädelführer und Hauptverbrecher wurden an die Wand gestellt, der Rest dahin geschickt, wo er hingehörte.“

Mit diesen Worten bedachte 1950 der KPD-Funktionär Emil Carlebach die „Ravensbrückerin“ Margarete Buber-Neumann, die Witwe des 1938 in der SU ermordeten KPD-Führers Heinz Neumann, die ihre Erlebnisse im Gulag und im KZ in dem weltberühmten Buch **„Als Gefangene bei Stalin und Hitler“ (1949)** eindrucksvoll geschildert hat. In diesem Buch hatte sie als erste über die Auslieferung von Antifaschisten und Juden vom NKWD an die Gestapo berichtet und wurde von Carlebach als „CIA-Agentin“ und „Mitglied der 5. Kolonne“ (d. h. als Gestapoagentin) diffamiert. Heute wissen wir auf Grund einer Dokumentenveröffentlichung von Prof. Hermann Weber, daß die Kampagne gegen Buber-Neumann auf Initiative Walter Ulbrichts vom Sekretariat des ZK der SED unter Mitwirkung von Erich Mielke durchgeführt wurde.

In dem von Margarete Buber-Neumann damals angestregten Prozeß wurde Carlebach wegen Beleidigung und übler Nachrede verurteilt. Im Laufe des Prozesses wurde am Rande auch Carlebachs umstrittene Rolle als Blockältester im KZ Buchenwald gestreift. Überlebende Buchenwald-Häftlinge, darunter der für seine Integrität bekannte österreichische Sozialdemokrat Benedikt Kautsky, erhoben gegen Carlebach schwerwiegende Beschuldigungen; unter anderem wurde ihm vorgeworfen, er habe im Rahmen der stalinistischen „Lagerfeme“ im KZ Buchenwald an der Tötung einiger mißliebiger Mithäftlinge mitgewirkt bzw. den Versuch dazu unternommen.

Auf die Beschreibung bzw. Zitierung dieser gerichtlichen Aussagen (1951) in dem Buch des Wiener Historikers Hans Schafranek **„Zwischen NKWD und Gestapo“ (Frankfurt 1990)** reagierte Carlebach mit Anzeigen, Klagen und Schmerzensgeldforderungen, die darauf abzielten, die Verbreitung des Buches zu verhindern und Hans Schafranek finanziell zu ruinieren. Während das strafrechtliche Verfahren gegen Schafranek mit der Einstellung endete, wurde er in erster Instanz vom Zivilgericht (Landgericht Frankfurt am Main) verurteilt und ihm die weitere Verbreitung mit Androhung einer Ord-

nungsstrafe von DM 500.000,- untersagt.

Darüber hinaus verbreitete Carlebach in der DKP-Presse die Behauptung, der Buchautor habe Verleumdungen von Alt- und Neonazis wieder aufgewärmt, und in der kommunistischen UZ war von „Schafranek und seinen rechtsextremen Freunden“ die Rede. Gegen diese diffamierenden, völlig aus der Luft gegriffenen Unterstellungen protestierten u. a. „MEMORIAL Österreich“ und der Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Wolfgang Neugebauer, der dem langjährigen DÖW-Mitarbeiter Hans Schafranek eine über jeden Zweifel erhabene antifaschistische Gesinnung bescheinigte.

Zu Recht wurde die Aktion Carlebachs als ein stalinistischer Versuch zur Zensur der zeitgeschichtlichen Forschung angesehen.

Zahlreiche Historiker/innen, unter ihnen die Professoren Helga Grebing, Hans Mommsen, Iring Fetscher, Gerhard Botz und Hermann Weber, haben inzwischen Solidaritätserklärungen für Schafranek abgegeben und eine Spendenaktion eingeleitet, die diesem helfen soll, die enormen Kosten der Gerichtsverfahren (bis jetzt S 80.000,-) zu bestreiten. Wer Hans Schafranek in seinem Kampf gegen stalinistische Zensur beistehen will, möge auf das Konto **PSK Nr. 92010.541 „Schafranek Komitee“** einzahlen.

Historische Wahrheit und Antifaschismus

Der **Bund sozialistischer Freiheitskämpfer** wandte sich in einer Presseerklärung gegen stalinistische Versuche, mit Hilfe eines bundesdeutschen Gerichtes das Werk des österreichischen Historikers Hans Schafranek **„Zwischen NKWD und Gestapo“** (über die Auslieferung von Antifaschisten aus der UdSSR an Nazideutschland) zu zensurieren und Schafranek mit hohen Geldstrafen mundtot zu machen. Die Verbrechen des Stalinismus, unter dessen Opfern auch viele österreichische Schutzbündler und Sozialdemokraten waren, sind rückhaltslos aufzuarbeiten; die historische Wahrheit darf nicht durch

fragwürdige Gerichtsurteile beeinträchtigt werden. Nach Auffassung des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer sind ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Demokratie und zur Humanität und die klare Absage an jede Form von Diktatur und Menschenverachtung unverzichtbare Grundlage für einen glaubwürdigen Antifaschismus.

„Liberale“ Heide Schmidt?

In an den Bundeskanzler und weitere Regierungsmitglieder gerichteten parlamentarischen Anfragen versucht die FPÖ, das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) in ein schiefes Licht zu rücken. So wird in der an den Bundeskanzler gerichteten Anfrage behauptet, das Dokumentationsarchiv sei „zu einem Instrument KPÖ-naher Kreise geworden“ und Funktionäre des DÖW scheuten nicht davor zurück, „die Vorgänge rund um die Befreiung der Insassen des ehemaligen KZ Mauthausen zu verfälschen“. Unter den Unterzeichnern dieser Anfragen scheint an zweiter Stelle nach dem FP-Klubobmann die Dritte Nationalratspräsidentin und Präsidentschaftskandidatin der FPÖ, Dr. Heide Schmidt, auf, der gern ein liberales Mäntelchen umgehängt wird. Was davon wirklich zu halten ist, geht aus einer von DÖW-Präsident Hubert Pfoch und DÖW-Ehrenpräsident Dr. Fritz Bock unterzeichneten Stellungnahme vom 10. Dezember 1991 hervor, in der der DÖW-Vorstand die in den FPÖ-Anfragen enthaltenen Beschuldigungen, insbesondere den Vorwurf kommunistischer Umtriebe, „mit Entrüstung und Entschiedenheit“ zurückgewiesen werden. Wörtlich heißt es dann in der DÖW-Stellungnahme: „Es ist bestürzend, daß diese Anfrage der FPÖ zeitgleich und zum Teil inhaltlich identisch mit Angriffen in der neonazistischen Zeitschrift HALT (November 1991) von Gerd Honsik erfolgte.“ Die „liberale“ Heide Schmidt also auf einer Linie mit dem sattem bekannten Neonazi Gerd Honsik. Oder hat die Frau Doktor nicht gewußt, worunter sie ihre Unterschrift setzt? Auch das würde sie nicht für das von ihr angestrebte Amt empfehlen. H. W.

Prof.-Josef-Hindels-Bibliothek

Anläßlich des Todestages von Genossen Josef Hindels wird am 8. Februar 1992, um 10 Uhr, ein Kranz an seinem Grab im Wiener Zentralfriedhof niedergelegt (Treffpunkt: Tor Krematorium).

Am 10. Februar 1992 wird im Karl-Czernetz-Bildungszentrum in Wien die „Studienbibliothek Prof. Josef Hindels“ eröffnet (18.30 Uhr). Die Bibliothek wird einen Großteil der Privatbibliothek von Josef Hindels sowie alle seine wichtigen Werke enthalten. Im Anschluß an die Eröffnung werden Mitglieder des Jura-Soyfer-Theaters ein künstlerisches Programm zum Februar 1934 vortragen.



Gedenkfahrt nach Dachau

Eine Delegation des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus führte vom 15. bis 17. November 1991 eine Gedenkfahrt zum ehemaligen Konzentrationslager Dachau bei München durch. In diesem ersten Konzentrationslager, das die Nazibarbarei schon 1933 errichtete, wurden mehr als 30.000 Menschen umgebracht. 1938 wurden die ersten von den Nazi verhafteten Österreicher nach Dachau gebracht.



Kranzniederlegung am Internationalen Mahnmal in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau.

Am Internationalen Mahnmal auf dem Gelände des ehemaligen KZ wurde im Rahmen einer Gedenkkundgebung ein Kranz der Freiheitskämpfer niedergelegt. Genossin Erna Musik erinnerte in einer Ansprache an die Opfer der Nazi-barbarei und an deren Vermächtnis für Gegenwart und Zukunft. Mit dem von Genossen Kurt Schmidt vorgetragenen „Gelöbnis“ wurde die Kundgebung abgeschlossen.

Nach der Kundgebung hatte die Delegation Gelegenheit, einen eindrucksvollen Film über das KZ Dachau zu sehen und das Museum der Gedenkstätte zu besichtigen. Den dort gezeigten Dokumenten war unter anderem zu entnehmen, daß die Nazi 1933 die Errichtung des KZ Dachau in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit bekanntgegeben haben, über die verschiedene Zeitungen, unter ihnen auch die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, berichteten. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt konnte also niemand behaupten, er habe von der Existenz der Konzentrationslager nichts gewußt.

Das Dachaulied

(Am Lagertor stand die Inschrift „Arbeit macht frei“.)

Stacheldraht, mit Tod geladen,
Ist um unsere Welt gespannt.
Drauf ein Himmel ohne Gnaden
Sendet Frost und Sonnenbrand.
Fern von uns sind alle Freuden,
Fern die Heimat und die Frau,
Wenn wir stumm zur Arbeit schreiten,
Tausende im Morgengraun.
Doch wir haben die Losung von Dachau gelernt,
Und wir wurden stahlhart dabei.
Bleib ein Mensch, Kamerad,
Sei ein Mann, Kamerad,
Mach ganze Arbeit, pack an, Kamerad:
Denn Arbeit, denn Arbeit macht frei,
Denn Arbeit, denn Arbeit macht frei!

Vor der Mündung der Gewehre
Leben wir bei Tag und Nacht.
Leben wird uns hier zur Lehre,
Schwerer, als wir's je gedacht.
Keiner mehr zählt Tag' und Wochen,
Mancher schon die Jahre nicht.
Und so viele sind zerbrochen
Und verloren ihr Gesicht.
Doch wir haben die Lösung von Dachau gelernt,
Und wir wurden stahlhart dabei.
Bleib ein Mensch, Kamerad,
Sei ein Mann, Kamerad,
Mach ganze Arbeit, pack an, Kamerad:
Denn Arbeit, denn Arbeit macht frei,
Denn Arbeit, denn Arbeit macht frei!

Heb den Stein und zieh den Wagen,
Keine Last sei dir zu schwer.
Der du warst in fernen Tagen,
Bist du heut' schon längst nicht mehr.
Stich den Spaten in die Erde,
Grab dein Mitleid tief hinein,
Und im eigenen Schweiß werde
Selber du zu Stahl und Stein.
Doch wir haben die Losung von Dachau gelernt,
Und wir wurden stahlhart dabei.
Bleib ein Mensch, Kamerad,
Sei ein Mann, Kamerad,
Mach ganze Arbeit, pack an, Kamerad:
Denn Arbeit, denn Arbeit macht frei,
Denn Arbeit, denn Arbeit macht frei!

Einst wird die Sirene künden:
Auf zum letzten Zählappell!
Draußen dann, wo wir uns finden,
Bist du, Kamerad, zur Stell'.
Hell wird uns die Freiheit lachen,
Schaffen heißt's mit großem Mut.
Und die Arbeit, die wir machen,
Diese Arbeit, sie wird gut.
Doch wir haben die Losung von Dachau gelernt,
Und wir wurden stahlhart dabei.
Bleib ein Mensch, Kamerad,
Sei ein Mann, Kamerad,
Mach ganze Arbeit, pack an, Kamerad:
Denn Arbeit, denn Arbeit macht frei,
Denn Arbeit, denn Arbeit macht frei!

Jura Soyfer (1912-1939)



Im Museum der Gedenkstätte Dachau: vor einem Modell des ehemaligen Konzentrationslagers.

Der zweite Tag der Gedenkfahrt war einer Stadtrundfahrt durch München und einem Zusammentreffen mit Münchner Genossen gewidmet. Die Delegation wurde im Ratskeller vom Münchner Kulturstadtrat Gen. Siegfried Hummel sowie von den Genossen Heiner Zametzer und Bertl Lörcher vom Archiv der Münchner Arbeiterbewegung zu einer Aussprache im Rahmen einer Jause empfangen.

Neues von rechts

„Das Boot ist übervoll“

Im Wahlkampf für die Wiener Gemeinderatswahl 1991 tauchten Unterstützungserklärungen für eine „SOS-Bürgerprotestliste ‚Das Boot ist übervoll‘“ auf. Nach Meinung dieser Gruppierung kämpft „die FPÖ [...] wohl gegen die Ausländerflut, allerdings nur zum Schein. Denn sie ist für die Auslieferung an die EG, das heißt in der Praxis: Noch mehr Ausländer rein.“ (Bürgerschutz aktuell, Nr. 4/1991; Einzelblatt mit zwei Unterstützungserklärungen auf der Rückseite. Medieninhaber und Hersteller: Bürgerschutzkomitee (BSK); Herausgeber: Bravo Österreich)

„Latent gewaltbereit“

Dem 56jährigen österreichischen Neonazi Karl Polacek wird von der Ausländerbehörde des Landkreises Göttin-

gen unter dem Eindruck des Ergebnisses der Wiener Landtagswahl meinte Genosse Hummel, in Städten wie Wien und München fühlten sich die kleinen Leute offenbar in zunehmendem Maße an den Rand gedrückt. Die Sozialdemokraten müßten sich an der eigenen Nase fassen und sich fragen, was sie falsch gemacht haben. Gen. Hummel kam dann auf die Ausschreitungen gegen Ausländer in Deutschland zu sprechen. Im Osten Deutschlands seien vor allem die Jungen von sozialem Abstieg betroffen, ihre berufliche Situation sei perspektivlos, und sie stünden einem veränderten Schulwesen gegenüber. Ausländerfeindlichkeit gebe es aber auch im Westen, sagte Hummel und betonte, daß es in München bisher keine Ausschreitungen gegen Ausländer gegeben habe. Das Klima für Ausländer

sei in dieser Stadt mit ihrem Ausländeranteil von 16 Prozent besser. Italiener etwa leben in München schon in der dritten Generation.

Genosse Heiner Zametzer meinte, Ausländerfeindlichkeit sei vor allem ein kulturelles Problem, das auf die Isolation der Menschen in den Neubaugebieten und auf den zunehmenden Rückzug der Menschen zum Fernsehkonsum zurückzuführen sei. Als Gegenstrategie empfahl Gen. Zametzer verstärkte Kulturarbeit in den Stadtteilen, vor allem in Form von gemeinsamen Unternehmungen von Deutschen und Ausländern. Diese Arbeit müsse in München von der Stadtverwaltung gemacht werden, weil die SPD in dieser Stadt mit ihren 1,3 Millionen Einwohnern nur 9000 Mitglieder habe.



Treffen mit Genossen der Münchner SPD im Ratskeller: Heiner Zametzer, Bertl Lörcher, Siegfried Hummel (stehend) mit Leo Mistingner (Fotos: Hans Waschek).

gen die Ausweisungsverfügung mit sofortigem Vollzug zugestellt. Demnach muß der Landesvorsitzende der rechtsextremen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiter-Partei“ (FAP) in Niedersachsen, der in der Ausweisungsbegründung als „latent gewaltbereit“ und als „ein Risiko für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ (Der Standard, 10. 10. 1991) eingestuft wird, Deutschland bis Anfang November verlassen. Zunächst kündigt Polacek an, sich der Ausweisung gewaltsam zu widersetzen, legt aber schließlich beim Verwaltungsgericht Braunschweig Beschwerde gegen die sofortige Vollziehbarkeit der Ausweisung ein und kann diese zumindest bis zu einer Entscheidung der Verwaltungsrichter hinauszögern (Die Tageszeitung, 4. 11. 1991). Im August 1991 wurde Polacek von einem Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer bedingten Freiheitsstrafe von acht Monaten und zu einer Geldbuße von DM 2000,- verurteilt.

Schönhuber und Haider

Franz Schönhuber, ehemaliger SS-Mann und Chef der rechtsextremen Republikaner, distanzierte sich aufgrund der Äußerung über die „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ von Jörg Haider. Haider habe damit „weder der Geschichte noch sich selbst einen Gefallen getan“, zitiert die rechtsextreme Zeitschrift „Code“ Schönhuber in Ihrer Oktoberausgabe.

„Gäck“

Vor Klagenfurter Schulen kam es zur Verteilung einer neuen Ausgabe der neonazistischen Schülerzeitung „Gäck“. Neben extremer Ausländerfeindlichkeit wurden in der Nummer 5/91 auch die Verbrechen in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern in Frage gestellt bzw. verharmlost.



Bundesheer-Ausbildner leugnet KZ

Rasche und restlose Aufklärung des Vorwurfes, wonach ein Ausbildner des Bundesheeres im „Wehrpolitischen Unterricht“ behauptet hat, in Österreich habe es während des Zweiten Weltkrieges überhaupt keine Konzentrationslager gegeben, verlangte SPÖ-Zentralsekretär Peter Marizzi von Verteidigungsminister Fasslabend. „Es ist absolut unverantwortlich, daß junge Menschen in ihrer Bundesheer-Ausbildung mit den Nationalsozialismus verharmlosenden und gutheißenenden ‚Belehrungen‘ konfrontiert werden. Das Bundesheer ist eine demokratische Einrichtung, in der antidemokratischen Elementen mit Entschiedenheit begegnet werden muß“, betonte Marizzi.

Kapfenberger Lehrer verbreitete NS-Gedankengut

Der Chemieprofessor am Bundesrealgymnasium Kapfenberg, Herfried Wagner, dem vorgeworfen wird, nationalsozialistisches Gedankengut im Unterricht verbreitet zu haben, wurde vom steirischen Landesschulrat vom Dienst suspendiert. Auch die Disziplinaroberkommission wurde in diesen Fall eingeschaltet. Es soll überprüft werden, ob Wagner mit seinen Aussagen gegen das Verbotsgesetz (Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinn) verstoßen hat.

Elisabeth Steinitz (1913–1991)

Lisbeth Steinitz war seit frühester Jugend in der Arbeiterbewegung aktiv. Sie war die Tochter des von den Nazis ermordeten sozialistischen Rechtsanwaltes Heinrich Steinitz. Erstmals begegnete ich Lisbeth beim sozialistischen Mittelschüler- und Studententreffen in Tollinggraben 1929. Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise und der allgemeinen Radikalisierung erklärte die 17jährige Lisbeth im Juni 1931 – zugleich mit Christian Broda, Josef Hindels, Karl Stawaritsch (Stadler) und anderen gleichaltrigen jungen Sozialistinnen und Sozialisten – ihren Übertritt zum Kommunistischen Jugendverband, für den sie damals nach heißen Diskussionen auch mich gewinnen konnte. Sie studierte 1931 eine Zeitlang in Berlin und betreute mich dort als jungen Wiener Delegierten des „Revolutionären Mittelschülerverbandes“ (RMV) beim Kongreß des SSB („Sozialistischer Schülerbund“). Ich erwähne diese Episoden in meinen Erinnerungen „Nur Narren fürchten nichts. Szenen aus dem dreißigjährigen Krieg 1915–1945“ (Wien 1991).

Unter dem Austrofaschismus war sie in Wien für die Revolutionären Sozialisten

(RS) tätig. Nach Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges eilte die 23jährige nach Barcelona und war dort aktive Symphatisantin der Partido Obrero de Unificacion Marxista (POUM). Wir begegneten einander nach dem „Anschluß“ in stetem Informations- und Meinungs austausch zuerst in Prag, dann in Paris und schließlich, nach dem Zusammenbruch Frankreichs, in Marseille und Montauban. Lisbeth Steinitz erlebte das Kriegsende in der französischen Schweiz und war dann bis zu ihrer Pensionierung Sekretärin des österreichischen Konsulats in Paris. An den französischen Ereignissen der fünfziger und sechziger Jahre nahm sie regen Anteil und wirkte während des Algerienkrieges für die nordafrikanische Befreiungsbewegungen. Nach ihrer Pensionierung kehrte sie nach Wien zurück und war bis zu ihrem Tod im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) aktiv.

Lisbeth Steinitz war ein durch und durch politischer Mensch und bis zuletzt geistig rege. Sie unternahm noch in hohem Alter größere Auslandsreisen und verfolgte intensiv die weltpolitischen Ereignisse, die sie immer wieder leidenschaftlich kommentierte. Sie bewahrte nicht immer die Überzeugungen, aber stets das Temperament ihrer radikalen Jugendzeit. Wir begegneten einander zuletzt am 1. Mai 1991 auf der Ringstraße. Sie war erst in derselben Nacht von einer Sizilienreise zurückgekehrt, um nicht diesen letzten Maiaufmarsch der österreichischen Sozialdemokratie zu versäumen.

Georg Scheuer

Bundsvorstand

Der Bundsvorstand des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat am 2. Dezember 1991 Bruno Czermak das folgende Schreiben übermittelt:

„Nach § 6 unserer Statuten sind Sie aus unserem Bund per Datum 29. November 1991 ausgestoßen.“

Gedenkfahrt

der Sozialistischen Freiheitskämpfer Niederösterreichs nach Berlin und Plötzensee (**30. Mai bis 3. Juni 1992**). Anmeldung bitte ehebaldigst!

Interessierte Genossinnen und Genossen mögen sich bitte wenden an:

Gerti Much (1010 Wien, Löwelstraße Nr. 18, Tel. 0 22 2/534 27/278).

Leo Lesjak (1210 Wien, Skrapstraße 24/24/13, Tel. 0 22 2/39 78 95).

Grete Rodler (2100 Korneuburg, Mechtlerstraße 22, Tel. 0 22 62/420 22).

Burgenland

70 Jahre Burgenland bei Österreich – am 22. Oktober 1991. Dem En-

gagement des Gen. Stefan Billes verdanken wir die Errichtung des Denkmals in Eisenstadt mit dem Inhalt „Gegen Krieg und Faschismus“, das von dem Künstler Wander Bertoni gestaltet wurde. Gleichzeitig wurde in Eisenstadt eine Wanderausstellung zum Thema „Sinti und Roma – verfolgt, ermordet und vergessen“ von **Gen. Billes** als Vertreter der Landesrätin Krammer und mit einem Einleitungsreferat des Leiters des Dokumentationsarchives **Dr. Neugebauer** eröffnet, die bis 20. Oktober in Eisenstadt gezeigt wurde. Danach wurde sie in den AHS-Schulen im Burgenland gezeigt.

Am 27. Oktober 1991 wurde in **Siegenderdorf** für drei Widerstandskämpfer ein Gedenkstein beim Kriegerdenkmal für die Opfer des Faschismus errichtet. Die Enthüllung wurde nach Reden von **Gen. Robak** und **Vinzenz Böröcz** vorgenommen. Die drei erschossenen Männer, die auf dem Gedenkstein verewigt wurden, sind:

Kaspar **Hiller**, Arbeiter, geb. 4. 10. 1889, hingerichtet 2. 11. 1943.

Matthias **Karlovits**, Anstreicher, geb. 30. 4. 1889, hingerichtet 2. 11. 1943.

Andreas **Posteiner**, Maurer, geb. 20. 11. 1884, Zuchthaus Stein, erschossen am 6. 4. 1945.

Am 30. Oktober 1991 um 11 Uhr fand im Landhaus in der Nische beim Denkmal gegen Krieg und Faschismus eine Kranzniederlegung statt. An der Gedenkfeier nahmen auch Mitglieder der Landesregierung und Abgeordnete teil. Die Gedenkrede hielt **Stefan Billes**, danach wurde die Gedenkfeier mit dem Lied „Unsterbliche Opfer“ und mit dem „Lied der Arbeit“ beendet.

Am 2. November 1991 wurde in **Rechnitz** ein Gedenkstein an der ehemaligen Synagoge nach einer Rede von Vizebürgermeister Josef Saly und einem jüdischen Redner enthüllt. Beide Sprecher erinnerten an die einstige jüdische Gemeinde in Rechnitz und an den Leidensweg der Juden. Zur Erinnerung an die einstige Gemeinde hat die Gemeindeverwaltung eine Gedenktafel an jenem Gebäude anbringen lassen, wo einst die Synagoge gestanden ist.

Mahnmal in Rechnitz. Nach jahrelangen Bemühungen der Opferverbände und des unabhängigen antifaschistischen Personenkomitees Burgenland konnte erreicht werden, daß es nun auch in Rechnitz eine Gedenkstätte für die dort in den letzten Kriegstagen von Nazischergen ermordeten jüdischen Zwangsarbeiter gibt. Es waren mehr als 200, die beim Bau des „Südostrawalls“ eingesetzt worden waren. Weil sie aus Krankheit und Hunger die Schaufel nicht mehr halten konnten, wurden sie umgebracht – erschossen, erschlagen und sodann in Massengräbern verscharrt, auf denen seither nichts als Gras wächst. Jetzt steht dort das

Fortsetzung auf Seite 8



DVR: 0029106 (068) 0908560 9 19
HERRN

ERNST FRUEHAUF
DARINGERG. 12-20/23/26
1190

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

Fortsetzung von Seite 7

Mahnmal, dessen Inschrift auch an die vier Rechnitzer Widerstandskämpfer Paul Graf, Emmerich Kiss, Franz Unter-ecker und Josef Hotwanger erinnert. Im feierlichen Rahmen mit einer Kranzniederlegung wurde die Gedenkstätte – ein Stein mit der Inschrift „Erfragt unser Schicksal und vergeßt nie“ – enthüllt. Es sprachen der Bürgermeister **Heribert Oswald, Wilhelm Gregorich** (ÖVP-Kameradschaft), **Stefan Billes** (Soz.

Freiheitskämpfer) und **Vinzenz Böröcz** vom KZ-Verband. Die Gedenkfeier wurde von der Blasmusik Rechnitz musikalisch umrahmt. Zum Schluß sprachen die beiden Ortspfarer und segneten den Gedenkstein, der an vier Widerstandskämpfer und 200 jüdische Zwangsarbeiter von Kreuzstadel erinnert. Nach der Gedenkfeier gab es ein Volksgruppenfest für das „Haus der Flüchtlinge“ in Rechnitz.

Auf dem Weg nach Rechnitz wurde in Lackenbach ein Kranz der Landesregie-

rung Burgenland niedergelegt und eine Gedenkminute abgehalten.

Am 9. November 1991 wurde in **Eisenstadt** an der ehemaligen Synagoge im jüdischen Viertel ein Kranz zum Gedenken an die Reichskristallnacht 1939 niedergelegt.

Oberösterreich

Herbstausflug 1991. Der Landesvorstand Oberösterreich des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer hat alle oberösterreichischen Mitglieder, die Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises sind, zu einem Bus-Ausflug zum gegenseitigen Kennenlernen und einem gemütlichen Beisammensein eingeladen und diese Fahrt am 25. Oktober 1991 durchgeführt.

Um auch den auswärtigen Mitgliedern die Teilnahme zu ermöglichen, erfolgte die Abfahrt um 9 Uhr vom Linzer Hauptbahnhof. Die erste Station war Ebensee, jener Ort, in dem sich das Außenlager des KZ Mauthausen befand. Von Vertretern des dortigen Widerstandsmuseums in Empfang genommen, wurden wir im Festsaal des Rathauses Ebensee vom Vizebürgermeister **Lahnsteiner** und dem Amtsleiter herzlichst begrüßt. Anschließend besichtigten wir unter sachkundiger Führung des Herrn **Zuk**, einem ehemaligen KZ-Häftling, der in diesem Berg unter unsäglichen Leiden und Entbehrungen arbeiten mußte – er berichtete über seine eigenen Erlebnisse –, den KZ-Gedenkstätten.

Wir legten dann im Gedenken an die NS-Opfer im KZ-Friedhof Ebensee einen Kranz nieder.

Die Weiterfahrt Richtung Bad Ischl führte uns durchs romantische Weißenbachtal zum Attersee bis nach Weyregg. Dort nahmen wir im direkt am See gelegenen Seehotel das gemeinsame Mittagessen ein und erfreuten uns bei Akkordeon-Musik.

Schließlich ging es weiter nach Gmunden. Dort ließen wir im Esplanaden-Café bei Kaffee und Mehlspeise unseren Ausflug fröhlich ausklingen.

Um 17 Uhr trafen wir – wie vorgesehen – in Linz ein, damit unsere Mitglieder von auswärts rechtzeitig ihre Heimfahrt antreten konnten.

Alle Teilnehmer waren des Lobes voll und bedankten sich herzlich für diese schöne, erlebnisreiche Fahrt. Bedauerlich war nur, daß eine beachtliche Anzahl unserer Mitglieder aus Alters- und Krankheitsgründen an dieser Fahrt nicht teilnehmen konnten.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 1/2 ist der 31. Jänner 1992.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.

EINLADUNG ZUM MITGESTALTEN

Die Gestaltung der Zukunft unseres Landes ist eine Herausforderung, der man sich stellen sollte.

Wir möchten Sie dazu gewinnen, gemeinsam mit uns zu denken und zu handeln.

Wir Sozialdemokraten



JA, schicken Sie mir bitte ausführliche Informationen über die Sozialdemokratische Partei Österreichs.

JA, ich möchte Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs werden. Schicken Sie mir bitte einen Mitgliedsantrag.

Name

Adresse

Bitte senden Sie diesen Kupon an SPÖ, Löwelstr. 18, 1014 Wien